

Niederschrift

über die Stadtvertreterversammlung 01/07 am 19.04.2007 im Ratssaal des Rathauses, Am Markt 12

-Öffentliche Sitzung-

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Beratungspunkte:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 05. Sitzung der Stadtvertretung am 21. Dez. 2006
5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Personalangelegenheiten
hier: Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten
9. Umbesetzung von Ausschüssen und Wahlstellen
10. 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Mölln
11. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2006
12. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben
 - a) Verlustausgleich Städt.Kurverwaltung im Haushaltsjahr 2007 der Stadt Mölln
 - b) Materialaufwand Aussichtsturm im Wirtschaftsplan 2007 der Städt.Kurverwaltung
13. Wahl der stellv. Schiedsfrau/des stellv. Schiedsmanns für den Schiedsgerichtsbezirk Mölln I
14. Wahl der stellv. Schiedsfrau/des stellv. Schiedsmanns für den Schiedsgerichtsbezirk Mölln II
15. 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Mölln über die Einrichtung einer Offenen Ganztagschule an den in der Trägerschaft der Stadt Mölln stehenden Schulen und über die Erhebung von Nutzungsgebühren
16. 1. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Mölln für das Gebiet zwischen Grambeker Weg und Delvenauweg sowie westlich Delvenauweg
hier: Abschließender Beschluss
17. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 c der Stadt Mölln für den Bereich Schulberg zwischen Schäferkamp und Berliner Straße
hier: Satzungsbeschluss
18. Bebauungsplan Nr. 94 der Stadt Mölln für das Gebiet östlich des Tulpenweges
hier: Satzungsbeschluss
19. Behandlung der Anträge der Fraktionen
 - a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 21.03.07
hier: 2012 – Klimaschutz in Mölln
 - b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 03.04.07
hier: Einrichtung einer Umweltzone für die Innenstadt
20. Anfragen und Eingaben
21. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
22. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste:

A) Stadtvertretung :

Von der Verwaltung:

CDU-Fraktion:

Ratsherr Hans-Hermann Albrecht *-fehlt-*
Ratsherrin Christiane Gehrman
Ratsherr Horst Gloyer
Ratsherrin Anneliese Henning
Ratsherr Claus Jahnke
Ratsherr Horst Kühl
Ratsherr Gerd Kühme
Ratsherr Michael Kroll
Ratsherr Ulrich Leppek
Erster Senator Sven Michelsen
Bürgervorsteherin Lieselotte Nagel
Ratsherrin Jutta Schlage
Ratsherr Bernd Schierstaedt
Ratsherr Jörg Steffen
Ratsherr Kay-Friedrich Voß

Bürgermeister Engelmann
Herr Piron
Herr Pröve , bis TOP 19a) teilw.
Herr Thun
Herr Kuhmann
Frau Würdemann
Herr Voß

Protokollführerin:
Elke Spuler

SPD-Fraktion:

Ratsherr Matthias Brötzmann
Ratsherr Ronny Dechow
Ratsherrin Sylvia Richter
Ratsherrin Dagmar Rossow
Ratsherr Uwe Schlegel
Ratsherrin Kirsten Patzke
Ratsherr Peter Zdarsky

FMW-Fraktion:

Ratsherr Joachim Gronninger
Ratsherr Dieter Kamke
Ratsherr Udo Betz
Ratsherr Hans Reis

FDP-Fraktion:

Ratsherr Ralf Hinze
Ratsherr Dieter Ruhland

Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Dr.Konstantin von Notz
Ratsherrin Regina Hälsig

Ausschließungsgründe gem. § 22 GO lagen vor für:

- Ratsherrin Richter zu TOP 14

1. Eröffnung der Sitzung , Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
Die Vorsitzende, Frau Bürgervorsteherin Nagel, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
Besonders begrüßt werden die anwesenden Vertreter der Presse von den Lübecker Nachrichten und des Möllner Marktes.
2. Einwohnerfragestunde
Hierzu liegt nichts vor.
3. Anträge zur Tagesordnung
liegen nicht vor. Damit gilt die Tagesordnung v. 05.04.07 (als öffentliche Sitzung).
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 05. Sitzung der Stadtvertretung am 21. Dezember 2006
Einwendungen gibt es nicht.
5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
Verwiesen wird auf den vorliegenden Bericht v. 10.04.07.
Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

Auf eine Frage von Ratsherrn Kühl zu TOP 13, S. 8 der Niederschrift, Parkplatz am Stadthaus, erklärt Bürgermeister Engelmann, dass der gefasste Beschluss bisher nicht durchgeführt wurde. Zur Begründung wird auf erhebliche nachbarschaftliche Widersprüche hingewiesen.
Alternative Überlegungen der Verwaltung zur Lösung der Parksituation am Stadthaus sind derzeit noch nicht abgeschlossen.
Der Bürgermeister sagt zu, den Haupt- u. Bauausschuss über den Fortgang der Sache weiter zu unterrichten.
6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin
Bürgervorsteherin Nagel gratuliert dem anwesenden Ratsherrn Hans Reis zu seinem heutigen Geburtstag, darüber hinaus allen anderen Stadtvertreterinnen u. Stadtvertretern, die seit der letzten Sitzung der Stadtvertretung Geburtstag hatten, wie üblich nachträglich an dieser Stelle.
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
Auf den schriftlich vorliegenden Bericht wird verwiesen.
Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.
Bürgermeister Engelmann gibt folgende ergänzende Informationen:

- 7.1 Berichtet wird gem. § 12 Abs. 2 der Hauptsatzung über den Abschluss eines Kaufvertrages (Grundstücksstreifen an der Alt-Möllner Straße) mit dem Stadtvertreter, Ersten Senator Michelsen.
- 7.2 Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung werden im Rahmen eines Informationstermins am Dienstag, 22.05.07, 14.00 Uhr, in Mölln vorgestellt. Einladung erfolgt gesondert.
- 7.3 Nach einer Mitteilung des Landesbetriebes Straßenbau u. Verkehr erfolgen ab 23.04.07 am Brückenbauwerk B 207 über den Elbe-Lübeck-Kanal Instandsetzungsarbeiten. Kosten dieser Maßnahme ca. 500.000 €; die Bautätigkeit unter halbseitiger Sperrung ist bis 28.08.07 vorgesehen. Die Arbeiten sind erforderlich, um die Fahrbahnübergangskonstruktionen auszuwechseln; sie sind infolge der langjährigen Nutzung des Bauwerks stark beschädigt und werden nun durch lärmgeminderte Übergangskonstruktionen ersetzt. Zugleich wird der Fahrbahnbelag im Bereich des Brückenbauwerks im Zuge der Baumaßnahme abgefräst und neu aufgebracht. Mit Behinderungen während dieser Zeit ist zu rechnen.
- 7.4 Auf eine ergänzende Frage von Ratsherrn Ruhland nach dem Procedere zu Ziff. 7.2 – Stellenausschreibung Teamleiter Breitenfelde - informiert Bürgermeister Engelmann darüber, dass aufgrund des Vertrags zwischen dem Amt Breitenfelde und der Stadt Mölln hierüber klare Regelungen bestehen. Danach ist es so, dass im Einvernehmen mit dem Amtsausschuss und dem Hauptausschuss das Auswahlverfahren erfolgt. Nach Beschluss des Amtsausschusses wird die Stelle neu ausgeschrieben. Die Besetzung dieser Stelle erfolgt dann durch eine einvernehmliche Entscheidung zwischen dem Verwaltungsausschuss und dem Hauptausschuss.

8. Personalangelegenheiten;
hier: Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten

Die Vorlage der Personalabteilung v. 04.04.07 wird vom Vorsitzenden des Hauptausschusses, Ratsherrn Kühl, eingebracht und kurz erläutert.

Nach Stellenausschreibung und Auswahlverfahren hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 03.04.07 empfohlen, *Frau Edelgard Jenner* aus Reinbek zur Gleichstellungsbeauftragten zu bestellen.

Frau Jenner ist anwesend; sie stellt sich vor, schildert kurz ihren persönlichen und beruflichen Werdegang und bringt abschließend zum Ausdruck, dass sie sich auf eine gute Zusammenarbeit freut.

In Abwesenheit von Frau Jenner fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung bestellt *Frau Edelgard Jenner* zur Gleichstellungsbeauftragten.
Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen.

Als Einstellungstermin wird der 01.06.2007 vereinbart.

9. Umbesetzung von Ausschüssen und Wahlstellen

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wird als Nachfolger für das ausgeschiedene stellv. Mitglied, Herrn Yves Trense,

Herr Stephan Voß, Potsdamer Straße 1a)

als stellv. Mitglied in den Jugend- u. Schulausschuss einstimmig gewählt.

10. 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Mölln

Unter Hinweis auf die Vorlage des Hauptamtes v. 03.04.07 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den der o.e. Vorlage des Hauptamtes v. 03.04.2007 beigefügten Entwurf einer 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Mölln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

11. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2006

Unter Hinweis auf die Vorlage des Kämmereiamtes v. 28.02.07 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung genehmigt für das Haushaltsjahr 2006 die überplanmäßigen Ausgaben im **Verwaltungshaushalt** in Höhe von **154.100 €** und im **Vermögenshaushalt** in Höhe von **472.500 €** gem. der der o.e. Vorlage beiliegenden Zusammenstellung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

12. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben

- a) Verlustausgleich Städt. Kurverwaltung im Haushaltsjahr 2007 der Stadt Mölln
- b) Materialaufwand Aussichtsturm im Wirtschaftsjahr 2007 der Städt. Kurverwaltung

Die Vorlage des Kämmereiamtes/Städt.Kurverwaltung v. 30.03.07 wird vom Vorsitzenden des Tourismus- u. Kulturausschusses, Ratsherrn Kühme, mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht.

Es folgt eine Erörterung, in der deutlich wird, dass es zur geplanten Sanierung des Aussichtstrums unterschiedliche Meinungen gibt.

Zusammenfassend gesehen wird festgehalten, dass

- CDU-, SPD- und FMW-Fraktion die jetzt vorgesehene gründliche Sanierung unterstützen - auch im Hinblick auf die Erhaltung dieses attraktiven touristischen Angebots für die Stadt Mölln;
- FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen der Maßnahme ablehnend gegenüber – wegen der i.E. jetzt unverhältnismäßig hohen zusätzlichen Ausgaben; vermisst wird zudem ein zukünftiges Nutzungskonzept, das ggf. höhere Einnahmen ermöglicht.

Die unterschiedlichen Standpunkte werden ausführlich begründet; nach Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt im Vorgriff auf die Veranschlagung im 1. Nachtrag 2007:

- die Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 240.000 € bei der Haushaltsstelle 0.860000/715000 im Haushaltsplan der Stadt
- eine Erhöhung des Aufwandes für bezogene Leistungen (Materialaufwand) im Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) der Kurverwaltung um 240.000 €.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen.

13. Wahl der stellv. Schiedsfrau/des stellv. Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk Mölln I

Unter Hinweis auf die Vorlage der Ordnungsabteilung v. 23.01.07 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt *Frau Susanne Himmelheber* zur stellv. Schiedsfrau des Schiedsamsbezirktes Mölln I für die Dauer von fünf Jahren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

14. Wahl der stellv. Schiedsfrau/des stellv. Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk Mölln II

In Abwesenheit von Ratsherrin Richter gem. § 22 GO fasst die Stadtvertretung unter Hinweis auf die Vorlage der Ordnungsabteilung v. 23.01.07 folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt *Herrn Udo Richter* zum Schiedsmann-Stellvertreter des Schiedsamsbezirkes Mölln II für die Dauer von fünf Jahren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Beschlussfassung in Abwesenheit von Ratsherrin Richter gem. § 22 GO.

15. 1.Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Mölln über die Einrichtung einer offenen Ganztagschule an den in der Trägerschaft der Stadt Mölln stehenden Schulen und über die Erhebung von Nutzungsgebühren

Die Vorlage des Jugend-, Sport-, Schul- u. Kulturamtes v. 16.03.07 wird vom Vorsitzenden des Jugend- u. Schulausschusses, Ratsherrn Voß, mit kurzen ergänzenden Worten eingebracht.

Unter Hinweis darauf fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die der o.e. Vorlage als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Mölln über die Einrichtung einer offenen Ganztagschule an den in der Trägerschaft der Stadt Mölln stehenden Schulen und über die Erhebung von Nutzungsgebühren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

16. 1. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Mölln für das Gebiet zwischen Grambeker Weg und Delvenauweg sowie westlich Delvenauweg;
hier: Abschließender Beschluss

Unter Hinweis auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 27.03.07 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft. Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beiliegenden Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, den Trägern öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Stadtvertretung beschließt die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Begründung sowie der Umweltbericht werden gebilligt.
4. Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 (5) BauGB ortsüblich bekanntzumachen.
In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung ausgeschlossen.

17. 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19c der Stadt Mölln für den Bereich Schulberg zwischen Schäferkamp und Berliner Straße;
hier: Satzungsbeschluss

Die Vorlage des Stadtbauamtes v.26.03.07 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht und ergänzend erläutert. Unter Hinweis auf die o.e. Vorlage fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 c vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft: Es wurden weder Anregungen privater Personen vorgebracht, noch Bedenken der beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gegen die Planung geäußert.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches beschließt die Stadtvertretung die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 c für den Bereich Schulberg zwischen Schäferkamp und Berliner Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung ausgeschlossen.

18. Bebauungsplan Nr. 94 der Stadt Mölln für das Gebiet östlich des Tulpenweges hier: Satzungsbeschluss

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 20.03.07 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht und ergänzend erläutert.

Es folgt eine kurze Erörterung.

Signalisiert wird eine mehrheitliche Zustimmung. Klärende Erläuterungen gibt es durch Bauamtsleiter Kuhmann zu Ziff. 6 – Umweltbericht – 3c), S. 19 der Vorlage, zu der Formulierung „...erhebliche negative Umweltauswirkungen.“ Vorausgegangen war der Antrag von Ratsherrn Ruhland, das Wort „erheblich“ zu streichen.

Nach Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung aufgrund der o.e. Ursprungsvorlage der Verwaltung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 94 vorgebrachte Stellungnahme eines Trägers öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft. Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, den Träger öffentlicher Belange, der Anregungen vorgebracht hat, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 BauGB beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 94 für das Gebiet östlich des Tulpenweges, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung sowie die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 (4) BauGB.
3. Die Begründung einschl. Umweltbericht wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Bebauungsplan mit Begründung einschl. Umweltbericht während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja- Stimmen, 2 Stimmenthaltungen.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung ausgeschlossen.

19. Behandlung der Anträge der Fraktionen

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 21.03.07
hier: 2012 – Klimaschutz in Mölln

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherrin Hälsig, bringt den vorliegenden Antrag ihrer Fraktion mit ergänzenden Erläuterungen ein. - Auf die anliegende Kopie wird verwiesen.

Anmerkung für Internetbenutzer:

Die Niederschrift mit Anlagen liegt aus in der Stadtbücherei, im Stadtarchiv sowie im Stadthaus, Hauptamt, und kann dort eingesehen werden.

Es folgt eine sehr ausführliche Diskussion.

Kurz zusammengefasst ist folgendes festzuhalten:

- Ratsherr Kühl beantragt für die CDU-Fraktion Einzelabstimmung der Ziff. 1 – 15 des Antrags.

Unterstützung findet der Einzelabstimmungs-Antrag von der FMW-Fraktion. In einer ausführlichen Stellungnahme zu den einzelnen Ziffern macht Ratsherr Kühl die Meinung seiner Fraktion deutlich.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass mit einer veränderten Formulierung der Ziff. 3 zugestimmt wird, ebenfalls der Ziff. 6 sowie Ziff. 12a).

Ablehnung gibt es zu den übrigen Ziffern mit der Begründung, dass viele der geforderten Maßnahmen bereits von der Stadt Mölln praktiziert und im Detail beachtet werden, im Energiebereich bereits eine ganze Menge gemacht wird und das Verantwortungsbewusstsein diesbezüglich sehr groß ist.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sowohl von der Vorsitzenden, Ratsherrin Hälsig als auch von Ratsherrn Dr. von Notz mit großem Nachdruck in der Begründung ihres Antrags ausführlich deutlich gemacht, dass die Zeit gekommen ist, gemeinsam zu handeln. I.E. sind alle bisher erfolgten Maßnahmen im Interesse des Klimaschutzes nicht ausreichend, es müsse sehr viel mehr getan werden. Kritisiert wird die mangelnde Bereitschaft, sich mit der Sache ernsthaft auseinanderzusetzen. Mit dem jetzt vorliegenden detaillierten Antrag erhofft man sich eine wirksamere und zielgerichtetere Umsetzung. Es wird an die Verantwortlichen, appelliert, dass ein Umdenken dringend erfolgen müsse. Die Stadtvertretung wird um Beschlussfassung gebeten.

- Ratsherr Ruhland beantragt für die FDP-Fraktion, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die zuständigen Ausschüsse (Forst- u. Umweltschutzausschuss/Bauausschuss) zu verweisen.

- Auch die SPD-Fraktion spricht sich für eine Ausschussverweisung des Antrags aus, wobei die Beratung schwerpunktmäßig die Bereiche Verkehr und Gebäudemanagement betreffen sollte.

Aufgrund des Antrags von Ratsherrn Kühl nach einer Beratungspause unterbricht Bürgervorsteherin Frau Nagel die Sitzung:
Unterbrechung von 20.30 Uhr – 20.43 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird von Ratsherrn Kühl deutlich gemacht, dass seine Fraktion an der beantragten Einzelabstimmung des vorliegenden Antrags festhält.

Darüber hinaus wird im Namen der CDU-Fraktion folgender Antrag gestellt:

„Die Stadtvertretung fordert die Ausschüsse nach Abstimmung mit der Verwaltung auf, sich mit der Zielsetzung zur Reduzierung des CO-2 Ausstoßes und dem Klimaschutz auseinander zu setzen. Schwerpunkte sind dabei der Straßenverkehr und das Gebäudemanagement.“

Ratsherr Schlegel macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass seine Fraktion sich diesem Antrag anschließt und den eigenen Antrag zurückzieht.

Nach einem lebhaften und teilweise kontroversen Meinungs austausch wird in folgender Reihenfolge abgestimmt:

- Antrag von Ratsherrn Ruhland/FDP-Fraktion, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Forst- und Grünflächenausschuss sowie den Bauausschuss zu verweisen:

Abstimmungsergebnis: 25 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen.

- Einzelabstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Antrag CDU-Fraktion /FMW-Fraktion):

Zu 1: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 2.: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 3: Veränderte Formulierung, abweichend von dem Antrag:

Ziel ist es, die klimarelevanten Emissionen der städtischen Liegenschaften bis zum Jahr 2012 zu verringern.

Ein entsprechendes Konzept der Verwaltung wird bis zum Ende des Jahres 2007 vorgelegt.

27 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen.

Zu 4: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 5: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 6: Einstimmig

Zu 7: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 8: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 9: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 10: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 11: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 12a): Einstimmig

12b): 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

12c): 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

12d): 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 13a) – c): 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu 14: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

Zu Pkt. 15: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

- Gemeinsamer Antrag CDU-/SPD-Fraktion:

„Die Stadtvertretung fordert die Ausschüsse nach Abstimmung mit der Verwaltung auf, sich mit der Zielsetzung zur Reduzierung des CO-2 Ausstoßes und dem Klimaschutz auseinander zu setzen. Schwerpunkte sind dabei der Straßenverkehr und das Gebäudemanagement.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 03.04.07
hier: Einrichtung einer Umweltzone für die Innenstadt

Der Antrag wird von Ratsherrn Dr. von Notz mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht und ausführlich begründet.

/ Eine Kopie des Antrags liegt der Niederschrift bei.

Anmerkung für Internetbenutzer:

Die Niederschrift mit Anlagen liegt aus in der Stadtbücherei, im Stadtarchiv sowie im Stadthaus, Hauptamt, und kann dort eingesehen werden.

Es folgt eine Aussprache. Im Ergebnis ist festzuhalten,

- dass die Stadtvertretung zum jetzigen Zeitpunkt mehrheitlich der Meinung ist, den vorgelegten Antrag nicht zu beschließen.
- Gleichwohl wird aber von CDU- u. SPD-Fraktion signalisiert, dass man die Sache selbst grundsätzlich positiv sieht und eine Überprüfung vorgenommen werden sollte.

Zum Ausdruck gebracht wird dabei von

- Ratsherrn Schlegel, dass sich für die SPD-Fraktion die Frage stellt, welche zusätzlichen und begleitenden Maßnahmen in diesem Zusammenhang konkret geplant sind.

- Ratsherr Kühl verweist im Namen der CDU-Fraktion auf die im nächsten Jahr geplanten Messungen im Hinblick auf eine Wiederholungsbegutachtung zur Bestätigung des Prädikats „Staatl. anerkannter Kneippkurort“. Bei dieser Gelegenheit sind dann auch die entsprechenden Messungen betr.: Rußpartikelaußstoß vorzunehmen; das Thema sollte zu gegebener Zeit mit den zu treffenden Entscheidungen neu erörtert werden.

Er bittet, zu gegebener Zeit die hierfür notwendigen Haushaltsmittel einzuplanen.

Nach Austausch der Meinungen und abschließender Erörterung wird über den vorliegenden Antrag

mit folgendem Abstimmungsergebnis abgestimmt:

18 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen.

20. Anfragen und Eingaben u.
21. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
Hierzu liegt nichts vor.

22. Schließung der Sitzung

Bevor Bürgervorsteherin Nagel die Sitzung mit einem Dank für die
Mitarbeit um 21.15 Uhr schließt, bittet sie, dem Büroleitenden Beamten,
Herrn Manfred Kohlrus, im Namen der Stadtvertretung Grüße und gute
Genesungswünsche zu übermitteln; Herr Kohlrus wurde kurz vor Beginn der
Stadtvertreterversammlung ins Krankenhaus eingeliefert.

Lieselotte Nagel
Bürgervorsteherin

Elke Spuler
Protokollführerin